



## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Herbert Kränzlein SPD**  
vom 07.05.2018

### Umsetzung von EU-Recht in Landesrecht IX – Politikbereich Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und kleine und mittlere Unternehmen

Wir fragen die Staatsregierung:

1. Wie viele Vertragsverletzungsverfahren sind nach Kenntnis der Staatsregierung im Zuständigkeitsbereich der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland anhängig (bitte jeweils eine tabellarische Aufstellung für nicht fristgerecht und nicht ordnungsgemäß umgesetzte Richtlinien, diese jeweils wiederum gegliedert nach Nummer der Vertragsverletzung, Thema und Stufe des Verfahrens)?
2. a) Wie viele der unter 1. abgefragten anhängigen Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland schließen eine nicht vollumfängliche Umsetzung im Bundesland Bayern ein?  
b) Welche spezifisch bayerischen Umsetzungsdefizite oder Verstöße gegen EU-Recht liegen jeweils vor?  
c) Welche Maßnahmen wurden seitens des Freistaates Bayern diesbezüglich jeweils eingeleitet?
3. a) In wie vielen der unter 1. abgefragten Fälle ist nach Kenntnis der Staatsregierung eine Anrufung des Europäischen Gerichtshofs nach Art. 258 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erfolgt?  
b) In wie vielen dieser Fälle hat der Gerichtshof einen Verstoß festgestellt?
4. a) Bei welchen vom Gerichtshof festgestellten Verstößen wurde nach Kenntnis der Staatsregierung nach Art. 260 AEUV gegen Deutschland die Zahlung eines Pauschalbetrags oder eines Zwangsgelds verhängt?  
b) In welcher Höhe wurde der zu zahlende Pauschalbetrag oder das Zwangsgeld jeweils erhoben?

## Antwort

des Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sowie dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege  
vom 08.06.2018

1. **Wie viele Vertragsverletzungsverfahren sind nach Kenntnis der Staatsregierung im Zuständigkeitsbereich der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland anhängig (bitte jeweils eine tabellarische Aufstellung für nicht fristgerecht und nicht ordnungsgemäß umgesetzte Richtlinien, diese jeweils wiederum gegliedert nach Nummer der Vertragsverletzung, Thema und Stufe des Verfahrens)?**

Der Staatsregierung liegen hierzu im Wesentlichen die aus öffentlich zugänglichen Quellen hervorgehenden Erkenntnisse vor. Für Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland ist die Bundesregierung und dort das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zuständig. Informationen über Vertragsverletzungsverfahren stellt die EU-Kommission über eine elektronische Datenbank der Öffentlichkeit zur Verfügung. Dort ist insbesondere eine Filterung nach dem betroffenen Mitgliedstaat und nach Themenbereichen (bzw. Generaldirektionen) möglich.

Die Datenbank kann unter dem folgenden Link abgerufen werden: [http://ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement\\_decisions/index.cfm](http://ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement_decisions/index.cfm)

Darüber hinaus veröffentlicht die EU-Kommission regelmäßig einen Jahresbericht über die Anwendung des Unionsrechts, der einen Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung und die thematischen Schwerpunkte der Vertragsverletzungsverfahren gibt. Der bislang letzte veröffentlichte Jahresbericht vom 06.07.2017 über das Jahr 2016 ist über den folgenden Link abrufbar: <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2017/DE/COM-2017-370-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

Dem Jahresbericht 2016 liegen außerdem sog. Factsheets zu den einzelnen Mitgliedstaaten bei. Das Factsheet zu Deutschland ist unter dem folgenden Link abrufbar: [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file\\_import/national\\_factsheet\\_germany\\_2016\\_de\\_0.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/national_factsheet_germany_2016_de_0.pdf)

Für die Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU weist die o. g. Datenbank für Deutschland zunächst zehn Fälle aus, die gewünschten Angaben ergeben sich aus der dortigen Tabelle (siehe Anlage).

Soweit offensichtlich bzw. recherchierbar betreffen hiervon die ersten beiden dort genannten Verfahren mit der Nr. 20084946 bzw. Nr. 20094580 von vornherein keine Verstöße in Bayern. Aber auch in allen anderen Fällen liegen der Staatsregierung keine Erkenntnisse vor. Soweit die Ver-

fahren überhaupt bekannt sind, ist kein besonderer Bayern-Bezug festzustellen.

2. a) **Wie viele der unter 1. abgefragten anhängigen Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland schließen eine nicht vollumfängliche Umsetzung im Bundesland Bayern ein?**
- b) **Welche spezifisch bayerischen Umsetzungsdefizite oder Verstöße gegen EU-Recht liegen jeweils vor?**
- c) **Welche Maßnahmen wurden seitens des Freistaates Bayern diesbezüglich jeweils eingeleitet?**

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 Bezug genommen.

3. a) **In wie vielen der unter 1. abgefragten Fälle ist nach Kenntnis der Staatsregierung eine Anrufung des Europäischen Gerichtshofs nach Art. 258 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erfolgt?**
- b) **In wie vielen dieser Fälle hat der Gerichtshof einen Verstoß festgestellt?**

Nach den Informationen aus der o.g. Datenbank ist noch keine Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Union erfolgt.

4. a) **Bei welchen vom Gerichtshof festgestellten Verstößen wurde nach Kenntnis der Staatsregierung nach Art. 260 AEUV gegen Deutschland die Zahlung eines Pauschalbetrags oder eines Zwangsgelds verhängt?**

- b) **In welcher Höhe wurde der zu zahlende Pauschalbetrag oder das Zwangsgeld jeweils erhoben?**

Entfällt; es wird auf die Antwort zu den Fragen 3a und 3b Bezug genommen.

## Anhang zu Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Herbert Kränzlein SPD vom 07.05.2018 betreffend Umsetzung von EU-Recht in Landesrecht V – Politikbereich Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

	Nummer der Vertragsverletzung	Datum des Beschlusses	Art des Beschlusses	Pressemitteilung	Memo	Mitgliedstaat	Politikbereich zuständige Dienststelle	Titel
1	20084946	2009/06/25	Aufforderung (Art. 258 AEUV) + Pressemitteilung			Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	RESTRICTION A L'ETABLISSEMENT DE SURFACES COMMERCIALES
		2015/06/18	Ergänzende Aufforderung (Art. 258 AEUV)			Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	RESTRICTION A L'ETABLISSEMENT DE SURFACES COMMERCIALES
2	20094580	2011/06/16	Aufforderung (Art. 258 AEUV)			Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	INCOMPTABILITY OF LEGAL PROVISIONS OF LOWER SAXONY REGIONAL PLANNING LAW WITH ART. 49 (FREEDOM OF ESTABLISHMENT) AND DIRECTIVE 2006/123/EC (SERVICES DIRECTIVE)
3	20132254	2014/01/23	Aufforderung (Art. 258 AEUV) + Pressemitteilung		MEMO-14 36 DE	Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Application of Directive 2006/40/EC on Mobile Air-Conditioning (MAC)
		2014/09/25	Mit Gründen versehene Stellungnahme (Art. 258 AEUV)		MEMO-14 537 DE	Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Application of Directive 2006/40/EC on Mobile Air-Conditioning (MAC)
		2015/12/10	Anrufung des Gerichtshofs (Art. 258 AEUV)	IP-15-6290 DE		Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Application of Directive 2006/40/EC on Mobile Air-Conditioning (MAC)
4	20134075	2013/11/20	Aufforderung (Art. 258 AEUV)			Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	APPLICABILITY OF GERMAN PRICE REGULATION ON DRUGS
5	20144018	2014/07/10	Aufforderung (Art. 258 AEUV)			Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	GERMAN MEDICINAL PRODUCTS ACT AS IMPLEMENTED BY THE DE AUTHORITIES DOES NOT ALLOW PERSONAL IMPORTS OF SMALL QUANTITIES OF MEDICINAL PRODUCTS VIA MAIL ORDER
6	20152057	2015/06/18	Aufforderung (Art. 258 AEUV) + Pressemitteilung	IP-15-5199 DE	MEMO-15 5162 DE	Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Fixed tariffs for architects and engineers / Verbindliche Honorare für Architekten und Ingenieure
		2016/02/25	Mit Gründen versehene Stellungnahme (Art. 258 AEUV)	IP-16-323 DE	MEMO-16 319 DE	Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Fixed tariffs for architects and engineers / Verbindliche Honorare für Architekten und Ingenieure
		2016/11/17	Anrufung des Gerichtshofs (Art. 258 AEUV)	IP-16-3646 DE	MEMO-16 3644 DE	Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Fixed tariffs for architects and engineers / Verbindliche Honorare für Architekten und Ingenieure
7	20152179	2016/05/26	Aufforderung (Art. 258 AEUV)			Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	The single national accreditation body according to Regulation (EC) No. 765/2008
8	20162180	2016/12/08	Aufforderung (Art. 258 AEUV) + Pressemitteilung	IP-16-4214 DE		Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Application of Articles 46 of Directive 2007/46/EC and 13 of Regulation 715/2007/EC
		2017/07/13	Ergänzende Aufforderung (Art. 258 AEUV)		MEMO-17 1935 DE	Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Application of Articles 46 of Directive 2007/46/EC and 13 of Regulation 715/2007/EC
		2018/05/17	Zweite ergänzende Aufforderung (Art. 258 AEUV)	IP-18-3450 DE		Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Application of Articles 46 of Directive 2007/46/EC and 13 of Regulation 715/2007/EC
9	20164061	2016/07/22	Aufforderung (Art. 258 AEUV)			Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	Incompatibility with Art 15 and 16 Services Directive and Art 49 and 56 TFEU of the reservation of certain approval services for motor vehicles in favour of technical testing centres of TÜV and DEKRA
10	20164141	2016/12/08	Aufforderung (Art. 258 AEUV)			Deutschland	GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU	CONTRADICTION AVEC LA DIRECTIVE 89/106 - RESTRICTIONS MISE SUR LE MARCHÉ DES SYSTÈMES DE RETENUE DES VÉHICULES EN ALLEMAGNE, PROBLÈME AVEC LA MISE EN OEUVRE NATIONAL DE LA NORME DIN EN 1317.